

MA 35 – Zwischen Überlastung und Reform(versuch)

Die Einwanderungs- und Staatsbürgerschaftsbehörde der Stadt Wien steht erneut in der Kritik. Einblicke in die bestehenden Probleme mit der Behörde und konkrete Pläne zu deren Lösung. Von Michael Mayböck und Anna Warnung

Die Magistratsabteilung 35 – Einwanderung und Staatsbürgerschaft gilt laut Zuständigkeitszuordnung der Stadt Wien als Hüterin und Helferin für Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft, die sich im Bundesland beziehungsweise der Gemeinde Wien niederlassen möchten und im Allgemeinen auch für jene, die gerne die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten würden. Daher haben sehr viele Menschen, die in Wien leben und leben möchten, einmal oder des Öfteren mit dieser Magistratsabteilung zu tun.

In den meisten Fällen wohl eher langfristig und des Öfteren, da die einzelnen Verfahrensschritte meist mit für die Betroffenen unverständlich langen Bearbeitungsphasen einhergehen. Im letzten Prüfersuchen an den Stadtrechnungshof ist zu lesen, dass es selbst bei Verfahren mit optimalen Erteilungsvoraussetzungen bis zum ersten Verfahrensschritt Monate bis hin zu einem Dreivierteljahr dauern kann, bis etwas geschieht. „Es fehlt innerhalb der Behörde in großen Teilen an der Fähigkeit der Einschätzung zur Unterscheidung von problematischen oder unproblematischen Unterlagen. Wären die Beamt*innen dazu

im Stande, würde das die Arbeits- und Wartezeit für alle Seiten erheblich reduzieren“, berichtet Fremdenrechtsexperte Thomas Neugschwendtner aus seiner Erfahrung. Dass es nach diesem ersten Schritt keineswegs schneller vorangeht, zeigen dokumentierte Verzögerungen von mehr als vier Jahren, welche wiederum dazu führen, dass zu Beginn der Prozedur übermittelte Unterlagen veraltet sind und ersetzt werden müssen. Ein frustrierender Teufelskreis für alle Beteiligten.

Die Arbeit und die Entscheidungen der MA 35 beeinflussen das Leben vieler Menschen sehr stark, gab der Klubobmann der Wiener Grünen David Ellensohn Mitte April in einer Presseaussendung zu bedenken: „Darunter leiden Menschen nicht nur, sondern das ist vertane Lebenszeit, und viele Menschen werden ihrer Zukunft beraubt – mit Folgen für die ganze Stadt.“

Die Abteilung bewältigt rund 150.000 Verfahren pro Jahr, die mit einer Million Kund*innenkontakten einhergehen. Durch die Kontakteinschränkungen aufgrund der Pandemie und weiterer zusätzlicher Aufgaben wie der Brexit-Verfahren erleichterte sich das Aufgabenspektrum der Behörde

de keineswegs und zusätzliche Unterstützung ist mehr als notwendig.

Die Zuständigkeit für die MA 35 liegt in der neuen Stadtregierung in den Händen des neuen Koalitionspartners *NEOS*, konkret in denen des Vizebürgermeisters Christoph Wiederkehr. Als Oppositionspolitiker kritisierte er die Behörde regelmäßig scharf. Nun stellt er sich vor die Mitarbeiter*innen und verspricht mehr Ressourcen. Im rot-pinken Regierungsprogramm kündigte man* personelle Aufstockung sowie Fortschritte in der Digitalisierung an, was durch den Beschluss von 50 zusätzlichen Mitarbeiter*innen und einer neuen Servicestelle langsam an Fahrt aufnimmt. „Wir haben uns daher eine grundsätzliche Neuausrichtung der Abteilung vorgenommen, die mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird, mit dem Ziel, die MA 35 nachhaltig zu einer serviceorientierten Behörde weiterzuentwickeln“, so Wiederkehr gegenüber *asyl aktuell*.

„Nur mehr Personal wird sicher nicht ausreichend sein, auch die Arbeitsweise muss sich ändern. Die Kommunikation mit der Behörde ist de facto unmöglich, weil man dort in der Regel telefonisch niemanden erreicht und auch nach Auskunft keine klaren Vorgaben kommuniziert werden, die man mit längerfristiger Sicherheit den Mandant*innen weitergeben könnte“, meint Fremdenrechtsexperte Neuschwendtner. Der Sprecher für Menschenrechte der Wiener Grünen, Niki Kunrath, fordert in der Presseaussendung Mitte April ebenfalls in erster Linie einen strukturellen Wandel: „Die MA 35 ist die Behörde mit der höchsten Personalfuktuation in Wien. Es braucht nicht immer mehr neues Personal, sondern besser geschultes Personal.“ Aufgrund der Missstände in der MA 35 haben sie eine neue Untersuchung durch den Stadtrechnungshof beantragt.

Die Prüfenden sollen erheben, wie lange Verfahren dauern, ob gesetzliche Fristen eingehalten werden und außerdem wie häufig Beschwerden gegen die Behörde erhoben werden. Die Kritik von anderer Seite über das plötzliche Empören der Grünen kommt wiederum auch nicht unerwartet. Waren es doch die Grünen selbst, die in den letzten zehn Jahren für Reformen in der Behörde hätten sorgen können.

Für Integrationsstadtrat Wiederkehr sei „eine Reform des österreichischen Fremden- und Staatsbürgerschaftsrechts längst überfällig. Aus meiner Sicht sollte offen diskutiert werden, warum die Tatsa-

Die Ambitionen zur Verbesserung der Situation in der Magistratsbehörde sind durchaus erkennbar.

che, dass jemand in Österreich geboren und aufgewachsen ist, im Staatsbürgerschaftsrecht noch immer nicht berücksichtigt wird“. Eine Änderung des rechtlichen Rahmens auf Bundesebene wäre ohne Zweifel ein wichtiger Schritt, um sowohl für Betroffene als auch für Behörden wie die MA 35 eine Vereinfachung der Verfahren zu erreichen. Die Ambitionen zur Verbesserung der Situation in der Magistratsbehörde sind durchaus erkennbar, allerdings gab es diese auch schon in früheren Jahren. NGOs und Migrant*innenorganisationen werden aufmerksam beobachten, ob unter dem neuen Stadtrat merkliche Verbesserungen zu beobachten sind.